

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen
für Anhalt und Thüringen.

1912. Nr. 225. **Zweite Ausgabe** Dienstag, 14. Mai 1912.
Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61/62.
Telephon 155 u. 156; Nebentelephon 1272.
Verleger: Dr. Walter Gebelstein in Halle a. S.

Nochmals: einst und jetzt.

Zu dem eifrigen Bestande im Repertoire freimüthiger und sozialdemokratischer Wahlagitatoren und Wanderredner gehörte bislang die Gehe gegen die „Brantwein-Viebesgabe“. Sie wurde bei seiner früheren politischen Veranstaltung der beiden Parteien fehlen, und allzeit floß man über vor-gerimm über die angebliche Beinträchtigung der Konsumenten zugunsten der „Schmabkarone“. Doch jetzt, da die fontingierten Schritte zugunsten der Deckung der neuen Wehrvorlage in Waggall kommen soll, weht plötzlich ein anderer Wind. Da sieht man mit einem Male ein, daß die „Viebesgabe“ gar nicht in der Hauptfrage den „ostelbischen Vorküfern“ und „Broschurariern“ zugute gekommen ist, sondern den süddeutschen Kleinrentnern, deren Interessen viel enger an einer Fortdauer jener vortheilhaften Kontingentierungsbestimmungen geknüpft sind als die der ostelbischen Landwirtschaft. Das Widerprüchswolle der fortgeschrittenen und sozialdemokratischen Darstellungsweise kennzeichnen trefflich nachstehende Gegenüberstellungen.

In seinem „Agrarpolitischen Handbuch“ von 1910/11 schreibt der fortgeschrittene Abgeordnete Goltz in S. 172: „Weiten Kreisen, namentlich süd- und westdeutschen Brennern, wäre eine solche Lösung (Beseitigung der Viebesgabe) willkommen gewesen; aber die ostelbischen Mittergutsbrennerien widerstreben, und die Agrarier machen deren Widerstreben zu ihrer Sache.“

„Zaagen“ finden wir am 12. März 1912 in der linksliberalen „Frankfurter Zeitung“ folgende Versicherung: die Goltz'sche Darstellung direkt Lügen straft. Sie lautet: „Angesichts der bevorstehenden Beseitigung der Viebesgabe wird vielleicht die Frage nach Entschädigung der süddeutschen Brenner aufgeworfen, für die das Kontingent (d. h. die Viebesgabe) einen viel größeren Wert hat als für die norddeutschen Brenner.“

Und im „Berliner Tageblatt“ vom 16. März 1912, dem führenden Organ der gesamten Freireisepresse, liest man: „Hier von (von der Aufhebung der Viebesgabe) werden in der Hauptsache die süddeutschen Brenner betroffen, denen zuliebe die Kontingentierung in der Hauptsache eingeführt wurde. ... Das Kontingent stellt für die süddeutschen Brenner einen viel höheren Wert dar als für die norddeutschen.“

Mit gleicher Deutlichkeit tritt das widerprüchswolle Verhalten in der sozialdemokratischen Presse in Erscheinung. Während der „Vorwärts“ in Berlin kurz vor Weihnachten 1911 in Nr. 291 schrieb: „Die Wahl am 12. Januar muß ihnen elenden Schmabhandel zunichte machen“, und im Vorlag des sozialdemokratischen Bureaus für Rheinland und Westfalen 1912 herausgegebene Druckschrift behauptet: „Das System der Viebesgabenpolitik steigert das Elend des Volkes ins Ungemeine. Deshalb an die Arbeit für den 12. Januar, dem Tag der Abrechnung mit den Zollwächsern und Viebesgabenpolitikern“, erklärt die sozialdemokratische „Dornmünder Arbeiterzeitung“ vom 30. März 1912: „Die Aufhebung der Viebesgabe nach dem rein agrarischen Brantweinsteuergesetz von 1909 ist nur ein neuer junkerlicher Raubzug, teils auf Kosten der kleinen Brennerreien, und die „Freie Volksechtung“, das Sozialdemokratenblatt in Göttingen, schreibt in Nr. 72: „Die soziale Aufhebung der Schmabkarone ist eine nicht etwa für die Schmabkarone, sondern nur für die Schmabkaronekonsumenten eine neue Belastung bilden.“

Die Absicht, um jeden Preis Opposition zu treiben, kann deutlich kaum geseigt werden, und es wirft ein bezeichnendes Licht auf die neuerdings fortgeschrittenen zu marktreichere angereizene „nationale Zuverlässigkeit“ des Freireis, daß sich auf diesen Wege wiederum Umfunktionspartei und Fortschrittliche Volkspartei finden.

Der italienisch-türkische Krieg.

Kalimnos, Leros und Patmos befest.

Nach einer drastischen Meldung des Admirals Viale wird weiterhin die Inseln Kalimnos, Leros und Patmos von den Italienern besetzt, ihre Garnisonen zur Übergabe gezwungen und die türkischen Regierungsbeamten gefangen genommen worden. Unter den Gefangenen, die am Bord der Schiffe gebracht worden sind, befinden sich drei Skimalams und vier Madris.

Zwischen Brindisi, Myrropalia und Rhodos ist eine neue Schiffsfahrtsverbindung eingerichtet worden. Der Dampfer „Zeila“ ist Sonntagabend der erster von Brindisi mit zahlreichen Passagieren und anderen Beamten abgegangen, die auf den okkupierten Inseln eine Zivilverwaltung einrichten sollen.

Der nach eine Mine.
Die Deutsche Botschaft in Konstantinopel erhalten, daß nur noch eine Mine aus den Dar-danelen weggenommen sei. Die Defining der Dar-danelen werde bestimmt am 14. oder 15. Mai erwartet.

Die Türkei und Rußland.

Der türkische Minister des Neuhens erklärte gestern auf eine Anfrage des russischen Votschatters in Konstantinopel von Giers betreffend die Wiedereöffnung der Daranelen, die Entfernung der Minen sei am Montag beendet worden, die amtliche Bekanntmachung der Öffnung der Daranelen werde wahrscheinlich heute oder morgen erfolgen. — Die Flotte ist, wie berichtet wird, über die neue Konzentration russischer Streitkräfte beunruhigt. Aus Sinope sind bei der Flotte Nachrichten eingetroffen, daß ein russisches Geschwader des Nachts mit abgeblenden Lichtern an den Küsten des Schwarzen Meeres kreuzte. Wie es heißt, hat der türkische Minister des Neuhens den russischen Votschatter um Aufklärung darüber gebeten. Dieser habe erwidert, es handle sich lediglich um einige Torpedoboote, die Übungen veranstaltet hätten und bereits in Kerfch eingetroffen seien.

Verlustreicher Kampf.

Aus Tripolis, 13. Mai, meldet die „Agenzia Stefani“: Am Sonntag morgen sind die Arbeiten zur Errichtung neuer Befestigungswerke an der Küste unter dem Schutz von drei Infanterie-Batalionen und einer Batterie Gebirgsartillerie fortgesetzt worden. Gegen 6 Uhr trafen einige Abteilungen des 30. Infanterie-Regiments bei einem Erkundungsmarsch bei Habi Sada auf bedeutende bedächtige Kräfte, die durch türkische Regularie geführt wurden. Die Italiener griffen den Feind sofort an, der unter dem wohlgezielten Geschütz- und Geschützfeuer zurückwich und verfolgt wurde, bis er seiner starken Verluste wegen, die auf über 100 Tote geschätzt werden, sich gezwungen sah, sich zu flüchten. Die Verluste der Italiener betragen ein Offizier und zwei Soldaten tot und drei Soldaten verwundet. — Aus Tripolis und Soms wird nichts Neues gemeldet.

Ausgewiesen.

Die Behörden von Saloniki haben gegen weitere acht mißliebige Italiener, unter denen sich Kaufleute, Advokaten und Ärzte befinden, einen Ausweisungsbefehl unter Gewährung einer dreißigtägigen Frist erlassen.

Kriegsgefangenen.

Der Dampfer „Lescana“ ist am Montag vor Neapel eingetroffen. Er hatte einen türkischen Gefangenentransport an Bord, bestehend aus 13 Soldaten und einem Feldwebel. Die Gefangenen führen mit der Bahn nach Capua weiter. Die Bevölkerung beobachtet eine korekte Haltung. — Infolge eines freundlichen Schrittes der Deutschen Botschaft in Konstantinopel gegen die Aufrechterhaltung der Kriegsgefangenschaft von etwa 50 Italienern, meist Zivilisten von Smyrna, hat der türkische Minister der Angelegenheit am Montag, Die verurteilt, werden die Italiener freigelassen werden.

Die Lage in Marokko.

Die Plünderung der deutschen Niederlassung.
In Paris ist eingetroffene Meldungen aus Larroch vom 10. Mai bezeichnend die Berichte über die Plünderung einer deutschen Niederlassung durch türkische Soldaten als unrichtig. Ein Vorgehen der Polizeitruppen unter Hauptmann Bary habe nur am 20. April in einem Dinar bei Arkana stattgefunden und die Ergrahung eines Deserteurs zur Folge gehabt.

Vor Agadir.

Die Panzerkreuzer „Gloire“ und „Condé“ haben auf einer Fahrt an der Küste Südmorokkos vor Agadir und vor Agadir Anker geworfen, ohne indessen mit dem Lande in Verbindung zu treten. Vor Agadir liefen einige Hundert bewaffneter Eingeborener zusammen. Admiral Favereau ließ die Bucht umfahen, ohne feindlichen Kundgebungen zu begegnen. Die „Gloire“ ist zur Ankunft des Generalresidenten Rauyot nach Casablanca zurückgekehrt.

Generalresident Rauyot

ist Montag vormittag 11 Uhr in Casablanca eingetroffen. Die Stadt war prächtig geschmückt und die Geschäftshäuser aller Nationalitäten zum Zeichen der Freude geschlossen. Das gesamte Konsularkorps und die Spitzen der Behörden bewillkommelten den General nach der Landung. Der Resident begrüßte die türkischen Zivil- und Militärbehörden und begab sich alsdann in das französische Konsulat.

Strafe für Des.

Nach einer Meldung des „Temps“ ist der Stadt Fez eine Kriegsschuld von 200 000 Duros auferlegt worden zur Strafe dafür, daß ein Teil der Bevölkerung an dem Aufbruch am 17. April teilgenommen hat.

Deutsches Reich.

Der Kaiser in Ströburg. Der Kaiser reiste am Montag vormittag 10 Uhr 5 Minuten in Begleitung der Prinzessin Viktoria Luise im Sonderzug von Karlsruhe nach Ströburg ab. Prinz August Wilhelm hatte sich im Automobil nach Ströburg begeben. Der Kaiser und die Prinzessin trafen um 11 Uhr 45 Minuten in Ströburg ein.

Zum Empfang hatten sich eingeladen: Prinz Joachim, Prinz August Wilhelm, Statthalter Graf v. Wedel, Fürst zu Fürstberg, Staatssekretär Freiherr von Bülow, der kommandierende General des 15. Armeekorps von Habel, der Gouverneur von Ströburg, Freiherr von Goltzstein, Polizeipräsident Lentz u. a. Die Einfahrt des Kaisers vollzog sich unter lebhaften Kundgebungen des Publikums und unter dem Geläut der Glöden. Straßen und Häuser sind festlich geschmückt. Der Kaiser hat im Kaiserpalast Wohnung genommen. Der Kaiser, die Prinzgen, sowie die Prinzessin und die Umgebung nahmen das Frühstück beim Staatssekretär Jörn v. Bülow ein. Um 2 Uhr 30 Minuten trat Seine Majestät eine Fahrt nach der Hofbibliothek an. Im ersten Automobil hatte der Kaiser mit seinen beiden Söhnen und seiner Tochter Platz genommen. An der Begleitung des Kaisers befanden sich auch der Statthalter und der Staatssekretär. Der Kaiser verließ um 3 Uhr 25 Minuten Schlettstadt um sich in den neuen Anlagen ein zahlreiches Publikum angezogen hatte, das dem Kaiser mit herzlichen Ovationen begrüßte. Auf der Hofbibliothek nahmen der Monarch und die fremden Herrschaften den Tee ein. Der Kaiser besichtigte die Räume der Burg, besonders den neuerdings ausgemalten Mitteraal. Die Rückfahrt erfolgte die Wege entlang. Um 7 1/2 Uhr traf der Kaiser wieder im Kaiserpalast zu Ströburg ein. Später war Diner beim Statthalter Grafen von Wedel, an dem mit dem Kaiser die anderen Fürstlichkeiten und die Umgebung teilnahmen. — Der Kaiser hat den Unterstaatssekretär Wandel durch die Verleihung des Titels Erzherzog ausgezeichnet.

Trauer in Neuh. Wie uns aus Cera gedrahbet wird, verstarb Montag nachmittag auf Schloß Osterlein der älteste Sohn des Erbprinzen Heinrich XXVII., des Regenten beider Fürstentümer Neuh, Heinrich XLIII., an den Folgen einer Gehirnlähmung im Alter von 18 Jahren.

Zum Wechsel auf unserem Londoner Votschatterposten. Auf Grund zuverlässiger Informationen kann das Neuhische Bureau erklären, daß kein Statthalter eines Neuhischen Ministeriums vorliege, der Rücktritt des Grafen Wolff-Metterich sei auf geklärte Beziehungen zwischen ihm und dem englischen Staatssekretär des Neuhischen Bureau zurückzuführen. Viele Behauptungen hätten in englischen wie in deutschen amtlichen Kreisen angefaßt, der ausgeschiedenen Beziehungen, die zwischen dem deutschen Votschatter und dem englischen Staatssekretär des Neuhischen stets bestanden, nur Erläuterung hervorgerufen. — Die Londoner „Westminster Gazette“ schreibt über die bevorstehende Ernennung des Freiherrn v. Marjall zum Votschatter in London:

Der neue Votschatter war früher Staatssekretär des Neuhischen und ist allgemein als einer der fähigsten Diplomaten Europas anerkannt. Wenn ein solcher Mann im jetzigen Zeitpunkt nach London geschickt wird, so ist der Erfolg natürlich, daß seine Regierung ihren Beziehungen zu der britischen Regierung besondere Bedeutung beilegt. Es ist ebenfalls natürlich, daß das die Dinge sich in der einen oder anderen Richtung ändern werden, wie wir hoffen, zum Besseren. Aber Höflichkeit und gute Politik mögen uns mahnen, die Spekulation in den Grenzen der Höflichkeit und des guten Geschmacks zu halten. Graf Wolff-Metterich ist leitender Neuhdeutscher in London sehr hervorragende Dienste. Er hat die Genugthuung, zu wissen, daß er dazu beitrug, in einer außerordentlich schwierigen Zeit einen ehrenvollen Frieden zwischen beiden Ländern zu bewahren. Wenn die Geschichte dieser Zeit geschrieben wird, wird es sich zeigen, daß er eine großartige, ehrenvolle Rolle gespielt und die Interessen seines eigenen Landes vertreten hat, ohne je die Achtung und Sympathie Englands zu verlieren. Sein Nachfolger darf eines warmen Willkommens sicher sein, und das englische Volk wird es als Kompliment auffassen, daß die deutsche Regierung ihren bedeutendsten Diplomaten gewählt hat, um seinen Platz auszufüllen.

Kaiserliche Antworttelegramme. Auf die am Sonntag von der Ersten Hauptversammlung des Deutschen Wehrvereins an den Kaiser und den Kronprinzen gerichteten Suldigungstelegramme sind folgende Antworten eingegangen:

Seine Majestät der Kaiser und Königin lassen der Ersten Hauptversammlung des Deutschen Wehrvereins für das Gelübde der Treue danken. Auf Allerhöchsten Befehl von Valentin, Geheimere Kabinetsrat.

Seine Kaiserliche Hoheit der Kronprinz lassen Euer Hochwohlgebornen und den Vertretern des Deutschen Wehrvereins für die freundlichen Wünsche herzlich danken. Seine Kaiserliche Hoheit, der den Wehrvereinen des Deutschen Wehrvereins eine ganz besondere Sympathie entgegenbringt, hat sich über die Würde außerordentlich gefreut und wünscht den Beratungen reichlichen Erfolg. Im höchsten Auftrage Eurer von der Kaiserin, Kumpmann und persönlicher Adjutant.

Dem deutschen Verein für Anbahnungsarbeit, dessen 21. Kongreß vom 10. bis 12. Mai in Charlottenburg einen glänzenden Verlauf genommen hat, ging zu Händen des Vorsitzenden, Abgeordneten Dr. von Schendendorff, das nachfolgende Allerhöchste Telegramm zu:

Seine Majestät der Kaiser und Königin lassen für die freundliche Begrüßung herzlich danken und deren besten Willen an der Erreichung der deutschen Jugend einen gesegneten Erfolg wünschen. Der Geheimere Kabinetsrat v. Valentin.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 13. Mai 1912.

Haas und Tribünen waren sehr stark besetzt. Vizepräsident Dr. Vorhoff eröffnete die Sitzung um 11 1/4 Uhr. Auf der Tagesordnung stand zunächst die Entscheidung des Hauses darüber, ob die Ausföhrung des Abg. Vorhardt-Berlin von der Sitzung am 9. d. Mts. gerechtfertigt war. Dem Antrag des Abg. v. Knechtow und der Räte (Konf.) und dem Abg. Kirck (Soz.) sowie den übrigen Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion ist ein Antrag auf namentliche Abstimmung über diese Entscheidung eingegangen. (Große Mehrheit.)

Die Frage, ob die Ausföhrung des Abg. Vorhardt gerechtfertigt war, wurde mit 319 gegen 8 Stimmen bejaht; 8 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Mit Reim haben gestimmt die Sozialdemokraten und die beiden Dänen Kloppenburg und Pfister; der Demokratie haben sich enthalten die Polen und die Fortschrittler Dr. Kunze und Wente.

Als das Ergebnis der Abstimmung bekannt gemacht wurde, rief Abg. Hoffmann (Soz.): „Die Selbstentmannung der preußischen Duma! — (Große Beifälle.)“

Vizepräsident Dr. Vorhoff: Ich bitte die unparlamentarischen Zwischenfälle zu unterlassen.

Es folgte die zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Änderung des Titels 7 des Allgemeinen Vergütungsgesetzes (Anpassungsgesetz).

Zurück liegendes Gesetzentwurf sollen die Bestimmungen des Vergütungsgesetzes über das Knappschaftswesen mit der Reichsversicherungsordnung und dem Angestelltenversicherungs-gesetz in Einklang gebracht werden.

Auf neuen Ausführungen der Abg. Weiler (Soz.) und Bruch (Zentr.) wurde der Gesetzentwurf in zweiter und dritter Beratung unvorgelesen angenommen.

Siebzwei wurde die erste Beratung des Eisenbahnabsehgesetzes fortgesetzt und weiterhin zahlreiche Einzelwünsche vorgebracht.

Abg. Karom (Soz., d. Konf.) wünschte bessere Verbindungen von Danzig nach Königsberg und Berlin.

Abg. Spitzig (Freiw.): Der Oberarzt bringt durch seine Bergehrte dem Staate erhebliche Einnahmen. Deshalb sollte er mit Wahllinien mehr berücksichtigt werden.

Abg. Dr. Hauptmann (Zentr.): Das Rheinland ist bei der Anlage von Kleinbahnen sehr vernachlässigt. Besonders erwünscht ist eine Verbindung zwischen der Linie Guxstrop-Künsterfeld und Hildorf-Blantfelsen.

Abg. v. Brodhagen (Konf.): Die Süge von Königsberg nach Hamburg sollen über Bismarck geleitet werden.

Abg. Dr. Klaffler (Zentr.) wünschte eine Bahn, die den mittleren Teil des Saarauges berührt.

Abg. Kildike (Freiw.) verlangt, daß das neue Zugpaar von Berlin nach Magdeburg in Potsdam halte.

Abg. Lito (Konf.) empfiehlt den Bau einer Linie Goslar-Zellerfeld.

Abg. Benschel (Konf.) befürwortete die Weiterführung des in der Vorlage vorgesehenen zweiten Gleises Breslau-Glogau zunächst bis Neppen.

Abg. Meyer-Diebold (Nat.) wünschte eine direkte Verbindung des rheinischen Industriegebietes mit der Elbindeung durch eine Linie Werben-Nordburg.

Abg. Dellus (Fortschr. Wpl.) trat für Verstaatlichung der Bahn Kall-Deitfeld ein.

Abg. Gerhards (Zentr.) trat für die seit 50 Jahren geforderte Nichtabhöhr ein, die das Siegerland mit dem Mittelrhein und der Mosel verbinden würde.

Abg. Komahn (Ztr.) trat um Verbesserung der Eisenbahnverhältnisse im Kreise Altenstein.

Am 15 Uhr wurde die Weiterberatung auf Dienstag 11 Uhr vertagt; außerdem Anträge und Petitionen.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 13. Mai 1912.

Am Bundesratsstische Kriegsminister v. Heeringen und Staatssekretär Kirck.

Vizepräsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung um 1 Uhr 33 Minuten.

Die zweite Beratung des Militär-Etats wurde mit der Beratung der Resolutionen zur Duellfrage fortgesetzt.

Die Budgetkommission beantragt hierzu Resolutionen, in denen Maßnahmen verlangt werden, um die Zweikämpfe zu beschränken, insbesondere dem Zwange zur Herausforderung zum Zweikampf und zur Annahme eines solchen entgegenzutreten. Es wird besonders verlangt, daß Personen von ehrlöcher Bestimmung unter allen Umständen ausgeschlossen; daß gegen die Weidwider sühnlich und scharf vorgegangen wird; daß Ehrenhändel erst nach erfolgtem ehrengerichtlichen Verfahren zum Antrage gebracht werden und daß die Ablehnung eines Zweikampfes aus religiösen oder iltlich gerechtfertigten Bedenken ebensowenig wie Streitigkeiten dienstlicher oder privatgesellschaftlicher Natur zum Gegenstand eines ehrengerichtlichen Verfahrens gemacht werden. Weiter wird gefordert, dem geschwundenen Duellwesen im Heere dadurch ein Ende zu machen, daß eine Änderung des Militärstrafgesetzbuchs herbeigeführt wird dahin, daß bei der Bestrafung des Zweikampfes und der Herausforderung zum Zweikampf auf die Nebenstrafe der Entlassung aus dem Heere zu erkennen ist.

Abg. Ledebour (Soz.): Nach den entrichteten Zwischenrufen hat Abg. Schröder bei der ersten Erklärung des Kriegsministers hätte man erwarten sollen, daß das Zentrum mit aller Energie für die Beschränkung der Offiziersduelle eintreten würde. Statt dessen hat das Zentrum in der Kommissionsberatung mit seiner Resolution die prinzipielle Anerkennung des Duells angeht. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Gefährlichkeit unter allen Umständen auch im Heere zu wahren ist; insbesondere dürfte kein Offizier deswegen aus dem Heere entfernt werden können, weil er einen Zweikampf ablehnt. In der Kabinetsorder vom 1. Januar 1897 heißt es, daß dem Zweikampf im Offizierskorps nachlässig vorbeugt werden soll. Es hätte heißen müssen, daß der Zweikampf unter den Offizieren unter allen Umständen verboten ist. Das alles erzählt aber eine ganz besondere Behauptung, weil Personen, die sich selbst außerhalb dieses Ehrenbegriffes stellen, andererseits andere Leute zum Duell zwingen. Der Monarch selber würde eine Aufforderung zum Duell unter allen Umständen ablehnen. Nicht einmal die künftigen Prinzen stehen innerhalb des Duellzwanges. Alle die Leute, die das Duell erfüllt erhalten und zum Duell zwingen, stehen auf der untersten Stufe der Moral. (Präsident Dr. Kaempf): Derartige Äußerungen tun ich nicht zu

lassen, daß der Inhaber der obersten Kommandogewalt auf der tiefsten Stufe der Moral steht. Ich habe nicht gesagt, daß diese Leute selbst auf der tiefsten Stufe stehen, sondern daß nur ihre Auffassung . . . (Präsident Dr. Kaempf): Sie sagen wieder dasselbe. Ich bitte Sie, die Allerhöchste Person nicht in die Debatte zu ziehen.) Wenn sich wenigstens königliche Prinzen duellieren müßten, dann wären wir sicher eine Kabinetsorder, die das Duell ganz verbietet. (Der Kriegsminister ist inzwischen an das Ende der Ministerbank gegangen und unterhält sich dort mit einem Mitgliede des Abgeordnetenhauses.) Wir sind es ja gewohnt, daß die Herren Minister, sowie die Verhandlungen anfangen für sie unangenehm zu werden, wie der Vogel Strauß die Köpfe in den Sand stecken. (Präsident Dr. Kaempf hat den Redner, derartige Äußerungen gegenüber dem Kriegsminister zu unterlassen.) Dann sollte man auch den Kriegsminister darauf aufmerksam machen, daß er nicht während der Verhandlungen eine Anzahl von Abgeordneten um sich verlammt und damit demagogisch so zu arbeiten hält. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Parolenausgabe! Konservative Fraktionshaltung!) Der Kriegsminister meint, ein voller Erfolg würde erst möglich sein, wenn durch Änderung der Gesetzgebung der Ehre der persönlichen Ehre weitestgehend verläßt werden würde. Das ist ein Fehler von unangenehmer Zumutung auf den Weg, was ich natürlich überhaupt nicht lüßt. Das ist einer der gefährlichsten Reaktionspläne, mit denen wir in Deutschland zu rechnen haben; man will das Recht der freien Meinungsäußerung noch mehr einschränken. Die Art an die Wurzel des Giftbaums der Duelle würde gerade dann gelegt werden, wenn man zugleich die Beleidigungsaktion abschaffe und die Verleumdungen bestrafe. Die Kommissionsresolution befreit nicht das Duell, sondern schafft ein Privileg für besonders bevorzugte Personen. Wir lehnen sie ab.

Abg. Schröder (Zentr.): Unsere Stellungnahme zur Duellfrage ist unverändert. Wir haben dies klar zum Ausdruck gebracht, wenn wir in der Kommission auch nicht erreicht haben, was uns erwünscht gewesen wäre. Der Gegensatz der Auffassung des Kriegsministers und des Offiziersstandes auf der großen Mehrheit des Reichstages und des deutschen Volkes ist nicht neu. Klaffend ist der Gegensatz dieser Auffassung gegen Religion, Recht und Vernunft, die sich gegen das Duell wenden. Auch sollte man Rücksicht nehmen auf die Familie der verletzten Offiziere. Die Offiziere sind dazu da, ihr Leben einzusetzen für das Vaterland, nicht ihr Leben auszuweisen für persönliche Streitigkeiten. (Sehr richtig!) In der Kommission erklärte der Kriegsminister, das Duell sei ein Uebel, das zu beseitigen er beabsichtigt; eine gewaltsame Beseitigung sei aber nicht möglich. Die Behauptung, das Duell sei ein Ehre gegen die Ehre der Offiziere, trifft nicht zu. In gewissen Fällen ist es sehr gut anzulegen, das Duell völlig zu beseitigen. Sogar wir zu erreichen, daß von den Gerichten die persönliche Ehre höher taxiert wird; dann brauchen wir nicht auf eine Messung des Strafgesetzbuchs zu warten, und wir haben den besten Schutz gegen das Duellwesen. Die Strafbestimmungen für den Zweikampf sind derartig leicht, daß sie gemäßigten eine Aufforderung zum Zweikampf darstellen. Das Aufheben eines Offiziers oder Beamten aus seiner Stellung, wenn er schuldiger Teil ist, halten wir für gerechtfertigt, wenn wir soll er Gehorham für sich beanpruchen können, wenn er Recht und Gesetz keinen Gehorham leistet. Nichts liegt uns ferner, als durch die Kommissionsbeschlüsse eine Anerkennung der Duelle herbeizuführen zu wollen. Uns liegt daran, durch die Bestimmungen zunächst die Zahl der Duelle herabzusetzen und schließlich die Zahl der Duelle zu vermindern, durch die Kabinetsorder hingegen auslegen und anwenden würde. Personen von ehrlöcher Bestimmung müssen unter allen Umständen von Ehrenhändeln ausgeschlossen bleiben. Einem betrogenen Ehemann darf nicht zugemutet werden, daß er sich als Scheibe einem frivolen Ehebrecher gegenüberstellt. Der Kaiser ist der Schützer des Rechts; durch ein Nachwort sollte er dafür eintreten, daß dem Duell als einer offiziellen Einrichtung ein sofortiges Ende gemacht wird.

Abg. Graf v. Helldorf (Konf.): Auch wir sind der Auffassung, daß der Zweikampf gegen göttliches und menschliches Gesetz verstoßt, und daß sein Beseitigung nach Möglichkeit zu erstreben ist. Es ist zu berücksichtigen, daß in diesem Jahre ein Konflikt in den den Einzelne in ihrem Konflikt kommen kann, ob er mit seinem Leben eintreten soll für seine Ehre. Die Resolutionen gehen zu weit. Wir lehnen sie deshalb ab.

Kriegsminister v. Heeringen: Herr Ledebour hat es für gut gefunden, den Träger der obersten Kommandogewalt und die künftigen Prinzen mit der Duellfrage in Verbindung zu bringen, was der Präsident schon gesagt hat. Auch meinerseits muß ich eine solche Veranlassung des Allerhöchsten Reichstages nicht lüßt. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) In der Kabinetsorder vom 1874 heißt es, daß der Offizier das höchste Kleinod, die Ehre, steckenlos erhalten soll; ein Offizier, der die Ehre eines Kameraden in frivoler Weise verlegt, kann ebenso wenig gebildet werden wie ein Offizier, der seine Ehre nicht zu wahren weiß. Auf dieser Grundlage steht das Offizierskorps noch heute. Alle großen Armeen Europas, die auf der allgemeinen Weidwiderpflicht stehen, stehen auf der gleichen Grundanschauung wie das deutsche Offizierskorps. Hier handelt es sich nicht um eine ausschließliche Offiziersfrage, sondern um eine Frage, die von weiten Volksteilen geteilt wird. Man sollte nicht mit hysterischen oder juristischen Gründen kommen; die Stellung zum Duell ist beiläufige allerpersönlicher Art. Wir wollen, daß unsere Ehre im Herzen von niemand rauen kann; aber niemand kann uns ins Herz sehen, und so eude und reine Motive für eine Duellverweigerung vorliegen können, äußerlich sichtbar sind sie nicht. In Wien spielt auch das äußere Ansehen eine Rolle. Wer sich über diese äußerlichen Dinge hinwegsetzt, läßt Gefahr, einer gewissen Nachsicht sich auszuweisen. Wir nehmen keine besondere Ehre für uns in Anspruch; wir haben die gleiche Ehre wie jeder Gentleman; wir sind nur freier gegen uns selbst. Grundtatsache ist es, daß wir an Überhebung leiden. Wenn wir ebenso wie der Arzt, Richter usw. von einer besonderen Standeshöhe des Offiziers sprechen, so meinen wir damit die besonderen Verantwortlichkeiten und deren Erfüllung. Für den Offizier kommt in Betracht, daß es sich bei der Bewertung seiner Person durch andere um den ganzen Stand handelt. Für einen Offizier, der jederzeit bereit sein soll, sein Leben einzusetzen, ist schon der leiseste Hauch des Ansehens, als ob er fürchte, sein Leben einzusetzen, moralisch tödlich nicht nur in den Augen seiner Kameraden, sondern auch seiner Untergebenen. (Sehr richtig!) rechs.) Der Zweikampf steht nicht alles übertragend im Leben des Offiziers. In die weitaus größte Zahl der Offiziere tritt die Frage eines Zweikampfes überhaupt nicht heran, und bei einem Mann von selbstläufiger religiöser Überzeugung ist es nicht recht nicht der Fall sein, er wird nicht nur keine Ehre hochhalten, sondern auch die anderer. Fritt aber ohne sein Verständnis die Frage des Duells an ihn heran, wird er sich in Gegensatz setzen zu den Anschauungen seiner Kameraden, dann kann er als Ehrenmann aus diesen Kreisen gehen. (Zurufe links.) Eine Einigkeit im Offizierskorps wie es das beutige ist, ist nicht

denkbar, wenn es in zwei Lager gespalten ist, in denen verschiedene Anschauungen über das Duell herrschen. Wenn man hier gleichsam ändern wollte, würde das Offizierskorps der härtesten Entföhrung ausgesetzt sein. (Beifälle rechts und links.) Wenn, wie es die Preussischen wollen, bei Ausforderung zum Zweikampf die Entlassung des Offiziers erfolgen lößt, dann würde die Armee dies als eine ungewöhnliche Ehre empfinden, um so mehr als mit der Entlassung aus dem Heere auch der Verlust der Pension- und Sinterverdienenanprüche für den Offizier verbunden sein würde. Auch die Armee erkennt das Duell als ein Uebel an, auch wir bestärken daselbe. (Große Beifälle links.) In der Kommission habe ich nachgewiesen, daß wir bereits präzisere Gesetze mit der Einschränkung der Zweikämpfe erzielt haben und auch weiter erreichen werden. Wir diesen Gedanken knüpft die Resolution der Kommission an. Ich bin bereit, dafür einzutreten, daß die darin angegebenen Anträge gepreßt werden und die Kabinetsorder von 1897 voll durchgeführt wird. Ich bitte Sie, an die Beurteilung der Ehrenausstellung des deutschen Offizierskorps vorfristig heranzutreten und mit warmem Herzen für die deutsche Armee. (Zurufe links.) Das hochgeachtete Heerzucht hat das Offizierskorps befehligt, unser Volk durch die großen Kriege des vorigen Jahrhunderts durchzuführen. (Zurufe: Jena!) Das Offizierskorps wird auch weiter so handeln, wie es für das Vaterland dienlich ist. (Beifälle: Bravo! rechs.)

Abg. Schiffer-Magdeburg (Nat.): Grundtatsache sind für alle Parteien darin einig, daß das Duell ein Ubel ist. Wir debattieren die Resolution, die von den Herren des Zentrumswahlkreises des Kriegsministers heraustragen und den dadurch hervorgerufenen unerfreulichen Eindruck. Mit dem Duellwesen muß aufgeräumt werden, und wir verlangen von den Behörden ein Vorgehen, das auch den energischen Willen hierzu zum Ausdruck bringt. Der Abg. Graf Helldorf hat die Resolution abgelehnt, weil wir dem Kaiser nicht in dieser Form unsere Wünsche vorbringen sollten. Das sehe ich nicht ein; weshalb sollen wir nicht offen sagen, auch dem Kaiser, was wir wollen. Von einem Sanktionen des Duells ist keine Rede. Wir sehen von besonderen Anträgen ab, da wir zunächst eine breite Basis wünschen, auf der die Angelegenheit weiter gehandelt werden kann. Es muß allerdings dafür Sorge getroffen werden, daß im Ablehnungsfalle der mangelnde Befehl über jeden Verdacht erhaben ist. Für den Ehre der Kammerherren müssen richtigerweise Veränderungen des Gesetzes angebracht werden. Wir wollen das Gerechtigkeit erhalten, das Duell aber halten wir für ein falsches Mittel hierzu. (Beifälle.)

Abg. von Strauß (Fortschr. Wpl.): Wir sind grundsätzliche Gegner des Duells; auch wir wollen, daß das Gerechtigkeit unser Offizierskorps so weit und hoch gehoben bleibt, wie es gegenwärtig ist. Ich kann aber nicht anerkennen, daß die Ehre des Offiziers eine andere ist als die Ehre des Nicht-Offiziers. (Sehr richtig!) Auch wir sind nicht einverstanden, als Ehrenmänner zu sein und zu bleiben. Auch der Offizier muß die Ehre über sich erheben läßt, besagt nichts. Das ist keine Strafe, nicht einmal im Annehmen der Ehre ist gefährlich. Nicht immer spielen alle Motive beim Duell mit. Das Duell ist kein Mittel, um die Ehre des Ritterkreises zu sichern. Wir bleiben grundsätzliche Gegner des Duells, weil die Ehre eines Menschen bei ihm selber und bei seinem anderen steht; jeder muß seinen Ehrenstand selber halten. Jeder muß so hoch gehen, daß keine Zeit gemeiner Schimpfworte auch nur seine Schimpfwörter erreicht. Wir bestärken das Duell als einen runden Unflut und geschwundenen Zustand. Das Duell schafft zweierlei Ehre und zweierlei Recht. Das Ehrenrichtersverfahren muß anders anwendbar und ausgebaut werden. Ein Kampf sollte vom Ehrengericht als Kampf abverbannt werden. Dem verpörrt niemand Geringes, sich vor die Wölfe dieses Kampfes zu stellen. Das Vergnügungsrecht möge der König so anwenden, daß die Gnade nur eine Ergänzung des Rechts ist. Unsere Familien besonders die Frauen, mögen dafür sorgen, daß ein Geschlecht herangezogen wird, das das Gerechtigkeit jedes Mittelweises schützt und ehrt und die eigene Ehrenhaftigkeit heilig hält. (Beifälle.)

Abg. Merin (Wpl.): Wir sind gegen die Resolutionen. Eine Tradition von Jahrhunderten und Jahrtausenden (Zurufe links) läßt sich nicht durch Resolutionen beseitigen. Auch wir halten das Duell für ein Ubel, auch wir wollen Wandel schaffen. Niemand geht zum Duell, um den anderen Punkten nicht zuzustimmen; er will die eigene Ehre dem Gegner darbieten. (Beifälle rechts.)

Abg. Brandts (Wpl.): Wir sind aus religiösen und rechtlichen Gründen prinzipielle Gegner des Duells.

Abg. Bergo (Wirtsch. Wpl.): Wir bestärken auch das Duell, sind aber der Meinung, daß es fälle geben kann, wo ein Weidwider sich in seiner Ehre vor sich selber wieder herstellen will. Die Bestimmungen des Beleidigungsparagrafen im Strafgesetzbuch genügen nicht.

Abg. Ledebour (Soz.): Es ist mir nicht eingelehen, dem Kaiser unedle Motive unterzujubeln. Es ist aber ein erfanter Weidwider, wenn der Kaiser und seine geliebte Familie (Beifälle) selber das Duell ablehnt, für andere aber vorfristig. Wir beantragen, die Resolution hinzuzufügen, daß ein Offizier, der ein Duell ablehnt, unter keinen Umständen deshalb aus dem Heere entlassen werden darf.

Abg. Schiffer (Nat.): Die Vorlesung des Herrn Prof. Ledebour (Beifälle), Vardon, des Abg. Ledebour, trifft das Wesen des Begriffs der Verleumdung nicht. Bei seinem Temperament würde Herr Ledebour sicherlich auch zur Selbsthilfe greifen.

Vizepräsident Dove: Angeht die Befehlsliste wäre es wohl angebracht, in Form eines Privatvotums die Sache zu klären. (Beifälle.)

Abg. Ledebour (Soz.): Ich wünsche dem Kriegsminister und dem ganzen Heere so viel Gerechtigkeit, wie ich selber habe. (Große Beifälle.)

Nach einer Entgegnung des Abg. Schiffer (Nat.) schloß die Debatte. Die Resolution der Kommission wurde angenommen. Gegen einen Teil derselben stimmten die Konserwativen und Sozialdemokraten, nach im ganzen Hause große Beifälle erweckte. Abg. Dr. Viehrecht wünschte mit einem Tausendstuch zu den Konserwativen hinüber.

Bei der Abstimmung über den Antrag der Sozialdemokraten blieb die Abstimmung zweifelhaft; es erfolgte daher Hammerentscheidung.

Es stimmten für den Antrag 144, dagegen 122 Abgeordnete; der Antrag war somit ebenfalls angenommen.

Auf Antrag der Gesellschaftsrechtskommission verlagte das Haus die Besetzung zur Einleitung von Privatklagenverfahren gegen die Abg. Karom Knigge (Konf.) und Badmeyer (f. l. r.).

Zobann wurde über die Resolutionen zum Vereestete abgestimmt, soweit sie sich auf das Beleidigungsamt bezogen. Die beiden Resolutionen der Konserwativen auf Verfestigung der Bundeswertgerichtenschaften und Innungen bei den Pflanzern wurden angenommen.

Über die anderen Resolutionen wird später abgestimmt werden.

